

NIEDERSCHRIFT

über die **41.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **16.05.2018**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Heijo Drießen Vertretung für Herrn Werhahn
4. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
5. Herr Bertram Graf von Nesselrode
6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
7. Herr Dieter Welsink
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Frau Angela Stein-Ulrich
 - 14. Frau Susanne Stephan-Gellrich
- Vertretung für Herrn Demmer

- **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Rolf Kluthausen

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 16. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 17. Herr Robert Abts
- 18. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 19. Frau Janine Conrads
- 20. Herr Elmar Hennecke
- 21. Herr Benjamin Josephs
- 22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 24. Frau Ines Manolias
- 25. Herr Marcus Temburg
- 26. Herr Dezernent Harald Vieten

-

- 27. Frau Patricia Mebes
- 28. Herr Sigurd Rüsken

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Naturschutzbeirat vom 15.02.2018	4
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	5
4.	Bericht zur Flüchtlingssituation (Tischvorlage) Vorlage: II/2671/XVI/2018.....	5
5.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: April/Mai 2018 Vorlage: 61/2633/XVI/2018	5
6.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: April/Mai 2018 Vorlage: 61/2632/XVI/2018	6
7.	Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung Stand Mai 2018 Vorlage: ZS5/2643/XVI/2018.....	7
7.1.	Tischvorlage: Innovator des Jahres 2018	8
8.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2638/XVI/2018	8
9.	Dringlichkeitsentscheidung: Benennung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Regiobahn GmbH (Tischvorlage)	9
10.	Anträge.....	10
11.	Mitteilungen	10
12.	Anfragen	10
12.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum Thema "Aktueller Sachstand zum Archiv-Erweiterungsbau in Zons" Vorlage: 010/2641/XVI/2018.....	10
12.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum Thema "L361n" Vorlage: IV/2637/XVI/2018	11
12.3.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2018 zum Thema "Betriebsausschuss Seniorenhäuser, hier: Korschenbroich" Vorlage: 010/2640/XVI/2018.....	11
12.4.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.05.2018 zum Thema "Platzkapazitäten bei der S-Bahn S8" Vorlage: 010/2659/XVI/2018.....	14
12.5.	Anfrage der CDU und FDP Kreistagsfraktionen vom 08.05.2018 zum Thema "Bericht über Situation im Seniorenhaus Korschenbroich" Vorlage: 010/2660/XVI/2018.....	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu TOP 4 „Bericht zur Flüchtlingssituation“	- Vorlage der Verwaltung ☒
Zu TOP 7 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Stand Mai 2018“	- 7.1 Innovator des Jahres 2018 ☒
TOP 9 „Dringlichkeitsentscheidung: Benennung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Regiobahn GmbH“	- Vorlage der Verwaltung ☒
Zu TOP 12 „Anfragen“	- 12.1 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum Thema „Aktueller Sachstand zum Archiv-Erweiterungsbau in Zons“: Antwort der Verwaltung ☒ - 12.4 Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.05.2018 zum Thema „Parkplatzkapazität bei der S-Bahn S8“: Antwort der Verwaltung ☒
<u>nichtöffentlicher Teil</u> Zu TOP 4 „Auftragsvergaben“	- 4.3 Berufsbildungszentrum Grevenbroich, Auftragsvergabe Elektroinstallationsarbeiten ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Naturschutzbeirat vom 15.02.2018

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 15.02.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften**Protokoll:**

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

4. Bericht zur Flüchtlingssituation (Tischvorlage)**Vorlage: II/2671/XVI/2018****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Kreis Ende März 11 Flüchtlinge weniger als Ende September aufgenommen habe. Die Zahl sei hingegen etwas höher als im Dezember.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich zeigte sich verwundert, dass 26 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Dormagen ihren Hauptschulabschluss nicht geschafft hätten. Insgesamt hätten 40 Flüchtlinge die Prüfung absolviert. Sie erkundigte sich nach den Perspektiven für die Flüchtlinge, die nicht bestanden haben.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies die Antwort in die nächste Sitzung des Schulausschusses am 29.05.2018, an der alle Schulleiter teilnehmen würden.

KA/20180516/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

5. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft**Berichtszeitraum: April/Mai 2018****Vorlage: 61/2633/XVI/2018****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Erdverkabelung. Zudem erkundigte er sich, wie hoch die Chancen seien, dass ein Klageverfahren gegen Amprion eingeleitet werde, wenn es kein neues Gutachten gebe und wie die Erfolgsaussichten einer Klage einzuschätzen seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass es derzeit keinen neuen Sachstand zur Erdverkabelung gebe. Die gestellten Fragen an Amprion zum Konverter seien bislang nicht hinreichend beantwortet worden. Er gehe davon aus, dass ein Planungsverfahren eingeleitet werde. Bei den aktuell vorliegenden Unterlagen von Amprion zweifle er, dass eine Klage keine Aussicht auf Erfolg hätte.

KA/20180516/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft für den Berichtszeitraum April/Mai 2018 zur Kenntnis.

6. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum: April/Mai 2018
Vorlage: 61/2632/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich sagte, dass die Auftaktveranstaltung „Mehr Wohnbauland am Rhein“ am 18.05.2018 über die Schaffung von mehr Wohnflächen beraten habe. Derzeit beschäftige sich auch die Region Köln-Bonn mit der Wohnungsbauproblematik. In dem Wohnungsbaugutachten werde dafür plädiert, dass bevorzugt Mietraum geschaffen werden müsse. Zudem müssten auf den vorhandenen Flächen mehrgeschossige Wohnhäuser entstehen, um die geringen Platzkapazitäten ausreichend zu nutzen. Die Frage sei, ob diese Gedanken auch mit dem Wohnbauland am Rhein einhergehen oder ob dies komplett voneinander entkoppelt sei.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke führte aus, dass dies nicht komplett voneinander entkoppelt sei, jedoch die Prozesse unterschiedlich auf den Weg gebracht würden. Der Regionalplan Düsseldorf trete nun in Kraft, müsse jedoch bezüglich Wohnbau- und Gewerbefläche durch Änderungen weiter bearbeitet werden. Bei der Aufstellung des Regionalplanes Köln gehe es um die grundsätzlichen Fragen der Maßnahmen für die Zukunft.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich sagte, dass der Kreis von beiden Überlegungen der Bezirke betroffen sei und sich demgegenüber einheitlich verhalten müsse. Die geplante Entstehung von Einfamilienhäusern im Baugebiet Nievenheim an der S-Bahn sei nicht mehr zukunftsfähig und müsse mit Mehrfamilienhäusern bebaut werden.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke erklärte, dass das Agglomerationskonzept mitbesprochen werde. Die Planung solcher Gebiete beruhe auf der Regionalplanung und den darauf aufbauenden Flächennutzungs- und Bebauungsplänen der Städte und Gemeinden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass es an Wohnungsbauflächen fehle. Es werde weniger gebaut als abgerissen. Zudem fehle es an bezahlbarem Wohnraum. Der verabschiedete Regionalplan Düsseldorf sehe nicht genügend Wohnungsbauflächen dafür vor. Demnach müsse nachgesteuert werden und die Vorbereitungen auf eine große Veränderung des Regionalplans getroffen werden. In der Diskussion mit den Städten und Gemeinden müssten möglichst Flächen identifiziert werden, die für mehrgeschossige Bauten geeignet seien. Der Veranstaltung der Bezirksregierung Düsseldorf komme eine gewisse Bedeutung zu, da dort die Eckpunkte für die Änderung besprochen wurden. Lediglich die Terminierung sei ungünstig, da gleichzeitig der Braunkohleausschuss stattfinde. Er gehe davon aus, dass eine Gestaltung des Kreises im Rahmen der Strategie 2030 ohne die Politik sicher nicht stattfinden werde. Eine entsprechende Beteiligung der Kreisgremien während des Prozesses sei zu erwarten. Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel bat, eine Darstellung über die Beteiligung der Ämter an dem Prozess sowie einen Zeitplan zu bekommen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass von der Verwaltung eine Vorlage entworfen werde, die in den politischen Gremien beraten werden könne und demnächst im Kreisausschuss vorgestellt würde.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, ob es richtig sei, dass die dem Kreis zugewiesenen Wohnungsbaufördermittel, insbesondere für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau, bereits im Mai überzeichnet sind.

Kreisdezernent Karsten Mankowsky führte aus, dass alle Anträge im vergangenen Jahr positiv beschieden worden seien. Zu den ursprünglich zugewiesenen 17,6 Mio. € seien noch 20 Mio. € nachgekommen. In diesem Jahr sei die Lage angespannter. Bisher seien 16,9 Mio. € zugewiesen worden. Allerdings seien jetzt schon Anträge für über 20 Mio. € gestellt und weitere 20 Mio. € angekündigt worden. Der Bund habe avisiert weitere 300 Mio. € zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium hat bekanntgegeben, dass insgesamt mehr Landesförderung gewünscht werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass ein Gespräch über die Gesamtentwicklung des Wohnungsbaus mit den Städten und Gemeinden stattfinden werde. Bisher hätten dem Kreis noch nicht alle Städte und Gemeinden gemeldet, welche genehmigten Bauten, tatsächlich erfolgten Bauten, welche Bebauung geschaffen wurde in ihrem Gebiet. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes seien insgesamt 500 Wohneinheiten im Kreisgebiet weniger erbaut worden als im Jahr 2016. Die Zahlen würden im nächsten Kreisausschuss vorgestellt.

Kreistagsangeordneter Carsten Thiel betonte, dass wichtig sei wie viele Wohnungen netto geschaffen würden. In Weckhoven seien zuletzt 190 Wohnungen neu gebaut, jedoch genauso viele abgerissen worden.

KA/20180516/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit für den Berichtszeitraum April/Mai 2018 zur Kenntnis.

7. Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung Stand Mai 2018

Vorlage: ZS5/2643/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stellte fest, dass der Bund und das Land in der Dynamik deutlich bessere Zahlen vorweisen können. Dass die Arbeitslosenquote für April von 5,7% im Jahr 2017 auf 5,5% im Jahr 2018 betragen würden, während der Bund eine Senkung der Quote von 5,8 aus 2017 auf 5,3 in 2018 verzeichnen könne. Ebenso seien die Erfolge des Kreises bei der Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II signifikant schlechter im Vergleich zu anderen. Die Ursache der alarmierenden Zahlen müsse gefunden werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass er nach der Bekanntgabe der Zahlen Frau Gilles und Frau Schoofs gebeten habe mitzuteilen, welche Maßnahmen ergriffen würden, um wieder im Landes- und Bundesdurchschnitt zu sein. Die Antworten würden dem Protokoll beigelegt. Er sehe keine besondere Entwicklung, die den Kreis

von der Entwicklung anderer Kommunen abkoppeln könne. Die größten Einbringungsmöglichkeiten bestünden in der Jugendarbeitslosigkeit und müssten auch weiter fortgesetzt werden.

KA/20180516/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Mai 2018) zur Kenntnis.

7.1. Tischvorlage: Innovator des Jahres 2018

8. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2638/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Verordnung erneuert werden solle, da im Dezember Daten zu Flüchtlingen nicht richtig abgebildet worden seien. Dadurch würde im Laufe des Jahres bekannt werden zu welcher Quote eine Erstattung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft erfolge.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann fragte, welche Konsequenzen durch den Auslösemechanismus für den Haushalt des Kreises zu erwarten seien. Die Städte und Gemeinden hatten bei den Haushaltsberatungen aufgefordert, die Erstattungen zu verbuchen. Dies sei mit der Begründung abgelehnt worden, dass eine Erstattung in Höhe der Aufwendungen erfolge. Falls der Auslösemechanismus zum Tragen komme, würde keine gänzliche Erstattung der Kosten mehr erfolgen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, wenn mehr als 50% Kosten der Unterkunft vom Bund erstattet würden, würde ab dem Zeitpunkt nichts mehr an die Sozialhilfeträger gezahlt. Es gebe eine Erhöhung der Beteiligung an der Umsatzsteuer für die Städte und Gemeinden. Wie diese Verteilung statfinde, sei noch nicht geklärt. Im Zweifel würde dies erst im Jahre 2019 bekannt, da erst zu diesem Zeitpunkt berechnet werden könne, ob die 50% überschritten worden sind. Daher seien die Konsequenzen für den Haushalt schwer abzuschätzen. Bei einer höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer müsse zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Raum unterschieden werden. Deswegen habe der Landkreistag die Forderung aufgestellt, dass diese Beträge direkt dem Sozialhilfeträger zugewiesen werden sollten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel führte aus, dass durch eine Feststellung des Auslösemechanismus im kommenden Jahr die Auswirkungen für den Haushalt 2018 überschaubar sein sollten. Bevor keine genaueren Informationen vorliegen würden, könne lediglich über weitere Möglichkeiten spekuliert werden. Der Landkreistag mache auf ein Problem aufmerksam, das bis dahin hoffentlich vom Bund gelöst werde.

KA/20180516/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

9. Dringlichkeitsentscheidung: Benennung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Regiobahn GmbH (Tischvorlage)**Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink schlug Kreistagsabgeordneten Heiner Cöllen als Nachfolge für Kreistagsabgeordneten Dr. Christian Will vor.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass dieses Thema aufgrund der Tischvorlage vorab nicht intensiv genug diskutiert werden könne. Er gehe nicht davon aus, dass das Vorschlagsrecht alleine bei der CDU liege. Er fragte, ob eine Verschiebung der Abstimmung möglich sei, ansonsten schlage die SPD 2. Stellvertretenden Landrat Horst Fischer als Kandidaten vor.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass die Sitzung zur Neukonstituierung des Aufsichtsrates am 12.06.2018 und damit vor der nächsten Kreistagssitzung stattfinden solle. Er bat im Wege der Dringlichkeit abzustimmen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich, warum die Abstimmung nicht in einer vorherigen Sitzung erfolgt sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass keine Gewissheit bestanden habe, ob der Sitzungstermin des Aufsichtsrates wirklich am 12.06.2018 stattfinde. Eine Einbringung in den Kreistag im Juni sei vorgesehen gewesen, jedoch habe sich der Termin bisher nicht geändert. Eine Entscheidung müsse also jetzt getroffen werden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann wies darauf hin, dass es sich bei der Regiobahn GmbH um ein externes Drittgremium handle. Die Ausschussvorsitzveränderung in den Gremien des Kreises durch den Wegfall des Betriebsausschuss Seniorenhäuser und des Krankenhausausschusses, habe keine Auswirkungen auf die Entsendung in den Aufsichtsrat der Regiobahn GmbH. Zu Beginn der Wahlperiode sei sich bei der Besetzung externer Gremien durch Mehrheiten auf die Benennungsrechte geeinigt worden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel beantragte eine geheime Abstimmung.

KA/20180516/Ö9**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeit, Herr Heiner Cöllen als Mitglied in den Aufsichtsrat der Regiobahn GmbH für die Dauer der kommenden Amtsperiode zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Nach Auszählung der Stimmzettel:

9 Stimmen für Kreistagsabgeordneten Cöllen
6 Stimmen für 2. stellvertretenden Landrat Fischer
0 Enthaltungen

Die Abstimmung ergab einen mehrheitlichen Beschluss für die Entsendung des Kreistagsabgeordneten Cöllen.

10. Anträge

Protokoll:

Anträge wurden nicht gestellt.

11. Mitteilungen

Protokoll:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum Thema "Aktueller Sachstand zum Archiv-Erweiterungsbau in Zons"

Vorlage: 010/2641/XVI/2018

Protokoll:

Kreisdezernent Harald Vieten zeigte anhand einer PowerPoint Präsentation die vorhandenen Schäden im Terrazzoboden. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, warum die Außenanlage des Gebäudes noch nicht weit fortgeschritten sei.

Kreisdezernent Harald Vieten erklärte, dass erhebliche archäologische Funde auf dem Grundstück gefunden worden seien, die dokumentiert werden müssten. Dies führe zu Bauverzögerungen. Zudem sei es im Dezember und Januar extrem kalt gewesen. Der für die Außenanlage verwendete Beton könne jedoch erst ab einer Temperatur von 5 Grad aufgebracht werden. Die Fristen gegenüber der Firma seien bereits durch die Verzögerungen verstrichen seien. Die Verwaltung stehe in stetigen Kontakt zu den Firmen, damit die Baustelle schnellstmöglich fertiggestellt werde.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte, ob die Firma den Schaden überstehe ohne dadurch insolvent zu gehen und ob durch diese Firma ebenfalls der Estrich verlegt worden sei.

Kreisdezernent Harald Vieten stellte dar, dass nicht geklärt werden könne, was letztlich zu diesen Baufehlern geführt habe. Ebenfalls könne nicht versichert werden, dass die 200.000 € Schaden von der Firma erstattet werden.

12.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum Thema "L361n" Vorlage: IV/2637/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich fragte, wer die Planungsfeststellungsbehörde sei und ab welchem Schritt die Planung wieder aufgegriffen werden solle.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass Planfeststellungsbehörde die Bezirksregierung Düsseldorf sei. Als erster Schritt würde die Umweltverträglichkeitsprüfung neu durchgeführt müssen, da die letzte Prüfung mehr als fünf Jahre alt sei. Erst im Anschluss würden weitere Schritte beauftragt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel fragte, welche Planungsleistungen durch den Kreis übernommen würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass der Kreis die Auftragsvergabe anstelle des Landesbetriebes Straßen NRW koordiniere. Der Landesbetrieb habe verdeutlicht, dass er das Anfordern und Auswerten von Unterlagen nicht selber vornehmen könne. Der Kreis vergebe anstelle des Landesbetriebes die Aufträge gegen Kostenerstattung. Darüber werde eine Planungsvereinbarung abgeschlossen.

12.3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2018 zum Thema "Betriebsausschuss Seniorenhäuser, hier: Korschenbroich" Vorlage: 010/2640/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab bekannt, dass die Finanzdirektion die Eingliederung der Seniorenhäuser genehmigt habe. Bis zur Eingliederung solle der Betriebsausschuss Seniorenhäuser nochmals einberufen werden.

Betriebsleiter Sigurd Rüsken führte aus, dass im Wesentlichen vier Aufgabenfelder zu bewältigen seien: die Essensqualität, die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses, die Baumaßnahmen und die wirtschaftliche Situation. Nachdem dies analysiert wurde, seien neue Verantwortliche benannt worden.

Für die Sicherstellung der Essensqualität sei Herr Martens, der ebenfalls der Küchenchef im Lukaskrankenhaus ist, seit April 2018 Küchenchef in der Rhein-Kreis Neuss Kliniken GmbH. Er sei gebeten worden die Mängel in den Seniorenhäusern zu beseitigen. Nach Aussage der Verantwortlichen sei die Essensqualität wiederhergestellt.

Der Kreistagsbeschluss vom 28.06.2017 könne nach Freigabe der Finanzdirektion umgesetzt werden, so Betriebsleiter Sigurd Rüsken weiter.

Eine weitere Aufgabe bestünde in der Umsetzung der Baumaßnahmen. Dafür sei ebenfalls ein neuer Leiter und ein neues Bauteam eingesetzt worden.

Der schwierigste Aspekt sei die wirtschaftliche Situation der Seniorenhäuser. Die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 50% examinierten Pflegepersonal könne von keinem Seniorenhaus erreicht werden. Daher müsse die Quote durch teure Zeitarbeitskräfte erzielt werden. Er sei jedoch zuversichtlich, dass Frau Baldus diese Problematik in den Griff bekomme. Dafür sei unter anderem die Ausbildungskapazität von 17 auf 27 Schüler erhöht worden. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden um am Arbeitsplatz für Fachkräfte attraktiv zu sein. Er gehe davon aus, dass im Wirtschaftsjahr 2020 schwarze Zahlen geschrieben würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass ebenso die Krankenquote reduziert werden müsse. Er habe den Eindruck, dass der zuständige Berater die Motivation bei allen Mitarbeitern zum positiven beeinflussen könne. Durch rechtliche, bauliche und personelle Veränderungen sei bei vielen Mitarbeiter Unruhe aufgekommen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann meinte, es sei beunruhigend erst für 2020 schwarze Zahlen zu erwarten. Die veränderte Finanzierungssystematik, die Mehrkosten, die durch den Brand im Seniorenhaus Lindenhof entstanden seien und die Deckung der Kosten für Zeitarbeitspersonal würden das Eigenkapital der Rhein-Kreis Neuss Kliniken belasten. Dies sei nicht zufriedenstellend. Es müsse sich ein Beispiel an gemeinnützigen Trägern genommen werden.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen betonte, dass er davon ausgehe, dass die bestehenden Mängel in Korschenbroich schnellstmöglich behoben würden. Es gehe in erster Linie um die Menschen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass Herr Rüsken eine Baustelle geerbt habe. Die wirtschaftliche Situation habe sich über Jahre hinweg aus der Leihkräfteproblematik ergeben. Er äußerte Zweifel hinsichtlich der einheitlichen Leitung der Seniorenhäuser. Vorher habe es eine Leitung für jedes Haus gegeben. Er fragte, ob hinsichtlich des Essens bereits eine Nachschulung der Beteiligten stattgefunden habe oder ob lediglich das Problem erkannt worden sei an dem gearbeitet werden müsse.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte, wie viele Pflegekräfte derzeit fehlen und wie hoch die Krankenquote sei. Es müsse geklärt werden, ob langfristig der Fachkräftemangel durch eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bis 2020 gebannt werden solle. Gegenüber anderen Trägern müsse die Bezahlung der Kräfte auch eine Rolle spielen.

Betriebsleiter Sigurd Rüsken teilte mit, dass der belastende Betrag für das Eigenkapital im niedrigen dreistelligen Bereich liege. Mittelfristig seien von den Seniorenhäusern 200.000 € -400.000 € Erträge zu erwarten. Bei den Dimensionen der Krankenhaus GmbH sei die Belastung durch die Seniorenhäuser nicht wirtschaftlich erheblich. Weiterhin müsse besprochen werden, auf welcher Ebene die einheitliche Leitung anfangen, da das Ausmaß der Arbeit so nicht eingeschätzt worden sei. Zurzeit habe jedes Seniorenhaus eine eigene Pflegedienstleitung. Eine einheitliche Leitung befinde sich bei Frau

Baldus als Einrichtungsleitung. Die überdurchschnittliche Krankenquote sei ein Hinweis dafür, dass das Arbeitsklima nicht stimme. Bei der Ausbildung müsse eine Arbeitgeberattraktivität geschaffen werden, die nicht über den Lohn zustande komme. Nach der Ausbildung sollten die Fachkräfte gebunden werden können. Zudem seien Zeitarbeits-helfer langfristig gesehen keine Lösung, da auch die Bewohner schlecht mit häufig wechselndem Personal klar kommen.

Anmerkung der Verwaltung:

Es sind 12, 38 Vollkräfte (bei ca. 18 notwendigen VK, je nach vorhandenen Pflegegraden) in Korschenbroich von Januar bis April.

Die Krankheitsquote beträgt 10,66 %.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass ein permanenter Kostendruck bestehe. Es sei wichtig den Fachkräftemangel zu erkennen und dagegen Maßnahmen zu ergreifen. Weiterhin seien Themen wie Kurzzeitpflege noch nicht ausreichend geregelt. Bisher sei die Qualität in den Seniorenhäusern sehr gut gewesen. Er fragte, ob die Einbringung von zwei defizitären Betrieben Auswirkungen auf die Fusion haben könnte.

Betriebsleiter Sigurd Rüsken hob hervor, dass die Seniorenhäuser den Unternehmenswert erhöhen würden und es sich um keine großen Defizite handle.

1.stellvertretender Landrat Dr. Hans Ulrich Klose berichtete, dass in der Sitzung des Hauptausschusses sowie des Sozial- und Kulturausschusses der Stadt Korschenbroich durch Angehörige der Bewohner des Seniorenheims einige Kritikpunkte geäußert worden seien. Darunter sei neben dem mangelhaften Essen auch mangelhafte Hygiene und mangelndes Personal thematisiert worden. Er forderte Aufklärung darüber, ob es sich bei den Zeitarbeits Helfern um ausgebildetes Personal handle. Ebenfalls seien in der Presse kritische Äußerungen kommuniziert worden. Von mehreren Personen sei ihm zugetragen worden, dass der Umgangston mit den Bewohnern nicht tragbar sei. Von manchen Bürgern sei die Kritik überzogen, jedoch insgesamt sei immer wieder dieselben Mängel beklagt worden. Es müsse überdacht werden, dass zwei Häuser von einer Person geleitet werden. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist fachkundiges Personal auf der nächsten Führungsebene einzusetzen, dass sich mit stationärer Pflege auskennt. Die Priorität liege darauf festzustellen, ob die kritisierten Mängel überhaupt bestehen und diese anschließend zu beseitigen. Es müsse analysiert werden, worauf die entstandenen Versäumnisse beruhen. Deswegen begrüße er, dass der Betriebsausschuss sich dazu nochmal zusammensetze.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt betonte, dass die Seniorenhäuser ein attraktiver Arbeitgeber werden müssten. Ein weiteres Ziel sei eine vernünftige Belegungsquote und attraktiv für Bewohner zu sein. Um das zu erzielen, seien die bisher geschilderten Maßnahmen nicht ausreichend. Der gute Ruf des Hauses müsse wiederhergestellt werden. Er schlage vor, bei den Maßnahmen auch den Bürgermeister mit einzubinden. Die Leitung eines Krankenhausbetriebes sei nicht identisch mit der eines Seniorenheimes.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch bedauerte, dass der Ruf des Seniorenheimes in Korschenbroich gelitten habe. Das Hauptproblem liege nicht in der wirtschaftlichen Situation, sondern im Umgang mit den Menschen vor Ort. Diese Mängel müssten schnellstens beseitigt werden. Er fragte, ob Probleme die aus dem Kontakt mit Angehörigen angesprochen würden, auf dem kleinen Dienstweg geklärt werden könnten.

Kreistagsabgeordnete Angela Stein-Ulrich erkundigte sich, wann es einen Termin für den Betriebsausschuss Seniorenhäuser gebe. Zudem fragte sie, was die Heimaufsicht von den angesprochenen Mängeln halte. In den vergangenen Sitzungen des Betriebsausschusses seien besonders von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorschläge zur betrieblichen Gesundheitsförderung gemacht worden. Sie fragte, ob davon bereits Maßnahmen umgesetzt worden seien, da der Krankenstand dagegen unverändert hoch sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass ein zeitnaher Termin für den Betriebsausschuss gefunden werde. Die Heimaufsicht habe hinsichtlich des Seniorenhauses keinerlei Anlass zum Einschreiten gesehen. Alle überprüften Kriterien würden den Vorgaben entsprechen.

Betriebsleiter Sigurd Rüsken erklärte, dass die Personalabteilung die Gründe für den hohen Krankenstand analysieren werde. Er betonte, dass sachliche Kritik wichtig für die Reflektion des Handelns der Geschäftsführung sei. Grundsätzlich müsse das Kommunikationsverhalten auf den Prüfstand gestellt werden. In Zukunft würde sich um weitere Gespräche mit Politikern und Angehörigen bemüht. Wie bisher könnten Probleme auch gerne auf dem kleinen Dienstweg an ihn herangetragen werden.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink hob hervor, dass die Kernaufgaben der Geschäftsführung bei den Krankenhäusern und bei der Fusion liegen. Die Seniorenheime seien bisher vorbildlich geführt worden. Wenn an dieser Stelle nun eine Baustelle bestehe, werde ein Management dafür benötigt, welches nicht unbedingt die Geschäftsleitung der Krankenhäuser umfasse. Es müsse für die Seniorenhäuser eine Struktur geschaffen werden, die mittelfristig eine kompetente Leitung sicherstellt. Die Leitung der Krankenhäuser könne sich nicht in dem Maße für die Seniorenhäuser einsetzen und dadurch die Krankenhäuser und eine Fusion gefährden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel forderte, dass die Heimaufsicht nicht nur im Hinblick auf Personalquoten kontrolliere, sondern auch die Abläufe überprüfe. Er fragte, ob ein Qualitätsmanagement vorhanden sei.

Betriebsleiter Sigurd Rüsken sagte, dass es auch eine Überprüfung des medizinischen Dienstes der Krankenkassen gebe. Er zeigte sich zuversichtlich, dass in ein paar Jahren Erträge geliefert würden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann teilte mit, dass einige Altenheime für die Angehörigen eine externe Ombudsperson beauftragt hätten. Er schlage vor dies zu prüfen, um Angehörigen einen Ansprechpartner zu bieten und Klagen vorzubeugen.

12.4. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.05.2018 zum Thema " Platzkapazitäten bei der S-Bahn S8" Vorlage: 010/2659/XVI/2018

Protokoll:

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer bat darum, dass die Verwaltung nochmal bei der DB Regio nachhake, da der VRR selbst nicht mit der aktuellen Situation zufrieden sei. Es müssten Ersatzfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden. Er wies darauf hin,

dass die vom VRR erwähnten Verstärkerzüge nicht im Fahrplan enthalten seien. Darauf müsse hingewiesen werden, da die Fahrgäste ansonsten keine Kenntnis über die Züge erlangen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sicherte zu, dass er direkt an die DB Regiobahn mit der Unterstützung des Kreisausschusses schreiben werde und dem Hinweis, dass eine vereinbarte Leistung nicht erbracht werde.

12.5. Anfrage der CDU und FDP Kreistagsfraktionen vom 08.05.2018 zum Thema "Bericht über Situation im Seniorenhaus Korschenbroich" Vorlage: 010/2660/XVI/2018

Protokoll:

Die Anfrage wurde unter TOP 12.3 beantwortet.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung

Antwort Landrat Petrauschke vom 15.05.2018:

Sehr geehrte Frau Gilles,

Sehr geehrte Frau Schoofs,

Danke für Ihre Schreiben.

Die Zahlen kenne ich. Die Entwicklung ist bei uns im Vergleich zum Vorjahr viel schlechter als im Land. Eine nachvollziehbare Begründung ist nicht erkennbar.

Leider fehlen mir die erwarteten Hinweise, wie Sie wenigstens die Entwicklung im Land aufholen wollen. Dies sollten Sie bitte noch liefern.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Petrauschke

Antwort Frau Gilles vom 15.05.2018:

Sehr geehrter Herr Landrat,

Ihr Schreiben zum Arbeitsmarkt im Rhein-Kreis Neuss habe ich heute erhalten.

Eine erste Analyse der Daten:

Die Alo-Quote SGB II im Rhein-Kreis Neuss liegt bei 3,5% und damit um 0,1% unter dem Bundesschnitt. Beide Quoten stagnieren zum Vormonat. Bezogen auf das Vorjahr ist die Quote im Bund um 0,3% und im JC RKN um 0,2% gesunken.

Das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenter beinhaltet vielfältige Maßnahmen und die aktuelle Eintrittsentwicklung zeigt, dass wir alles daran setzen, die geplanten Eintrittszahlen zu erreichen bzw. zu überschreiten. Aufgrund der Entwicklung der Personalausstattung des Jobcenters konnten bereits jetzt 800.000,- Euro veranschlagt werden, um die der Entnahmebetrag sinkt und der Eingliederungstitel steigt. Für dieses neue Geld wurden die Maßnahmen erweitert und das Geld soll vor allem in Qualifizierungen und individuelle Förderungen einmünden. Ich rechne hier mit zusätzlichen Eintritten im Umfang von 600 für die Zeit bis Ende 2018. Daneben wird die Auslastung der neu im April gestarteten Maßnahmen gesteigert. In der Summe rechne ich durch diese zusätzlichen Gelder und Maßnahmen mit einer erhöhten Aktivierung und der Senkung des Quote um ca. 0,1%, was einer zusätzlichen Aktivierung von ca. 200 Leistungsbeziehern pro Monat entspricht.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird durch die Entwicklung der Ausländer im Bezirk stark beeinflusst. Hierzu müsste ich aber weitere Analysen erstellen, dies hole ich in kommenden Tagen nach.

Für Rückfragen stehen Herr Hartz, Frau Keßner und ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Gruß

W. Gilles

Antwort Frau Schoofs vom 15.05.2018:

Betreff: Schreiben LR vom 09.05.2018 – Eingang Büro VG AA MG am heutigen Tage

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

sehr geehrter Herr Josephs,

wie Sie den anliegenden Statistiken – Stand April 2018- entnehmen können, sinkt die Arbeitslosigkeit im Rhein-Kreis sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Vergleich zum Vormonat.

Die Zahl der Ausländer steigt im Vorjahresvergleich und sinkt zum Vormonat.

Dies gilt für beide Rechtskreise.

Betrachtet man den Anstieg der Ausländerarbeitslosigkeit (vgl. Migrationsmonitor Registerblatt 3.1_AST), so ist der Anstieg zum Vorjahresmonat von insgesamt +276 (= + 7,8%) mit 223 Personen auf die Gruppe der Personen mit Status aus Nichteuropäischen Asylherkunftsländern zurück zu führen. Davon 204 im Rechtskreis SGB II.

Ein Anstieg, der uns gemeinsam in der Sache nicht überrascht.

Umso erfreulicher, dass im Vergleich zum Vormonat die Zahlen bei diesem Personenkreis zurück gehen, was beweist, dass die geplanten Aktivitäten greifen.

Ein gemeinsamer Ansatzpunkt zur Integration von geflüchteten Menschen ist und bleibt der Spracherwerb – gerade wenn die jungen Flüchtlinge noch im Regelschulsystem bzw. in den internationalen Förderklassen sind. Dass hier der Spracherwerb noch nicht mit befriedigendem Ergebnis erfolgt, war ein Ergebnis der Gesprächsrunde Ende April u.a. zwischen Herrn KD Brügge und Herrn Draeger zum Thema Übergang Schule / Beruf respektive Sanktionsmöglichkeiten bei fehlendem Schulbesuch durch den Personenkreis.

In diesem Themenfeld sehe ich neben den regen und guten Austauschformaten im Rahmen des Trägeraustausches Jobcenter, Möglichkeiten die gemeinsamen Aktivitäten gut abzusprechen.

In der konkreten Umsetzung ist das in der Trägerversammlung verabschiedete Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm,
Hier ist das Jobcenter im Plan.

Die Agentur erreicht ebenfalls die mit der Regionaldirektion vereinbarten Zielerreichungsgrade.

Ich hoffe Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Schoofs
Vorsitzende der Geschäftsführung

Archiv-Erweiterungsbau in Zons

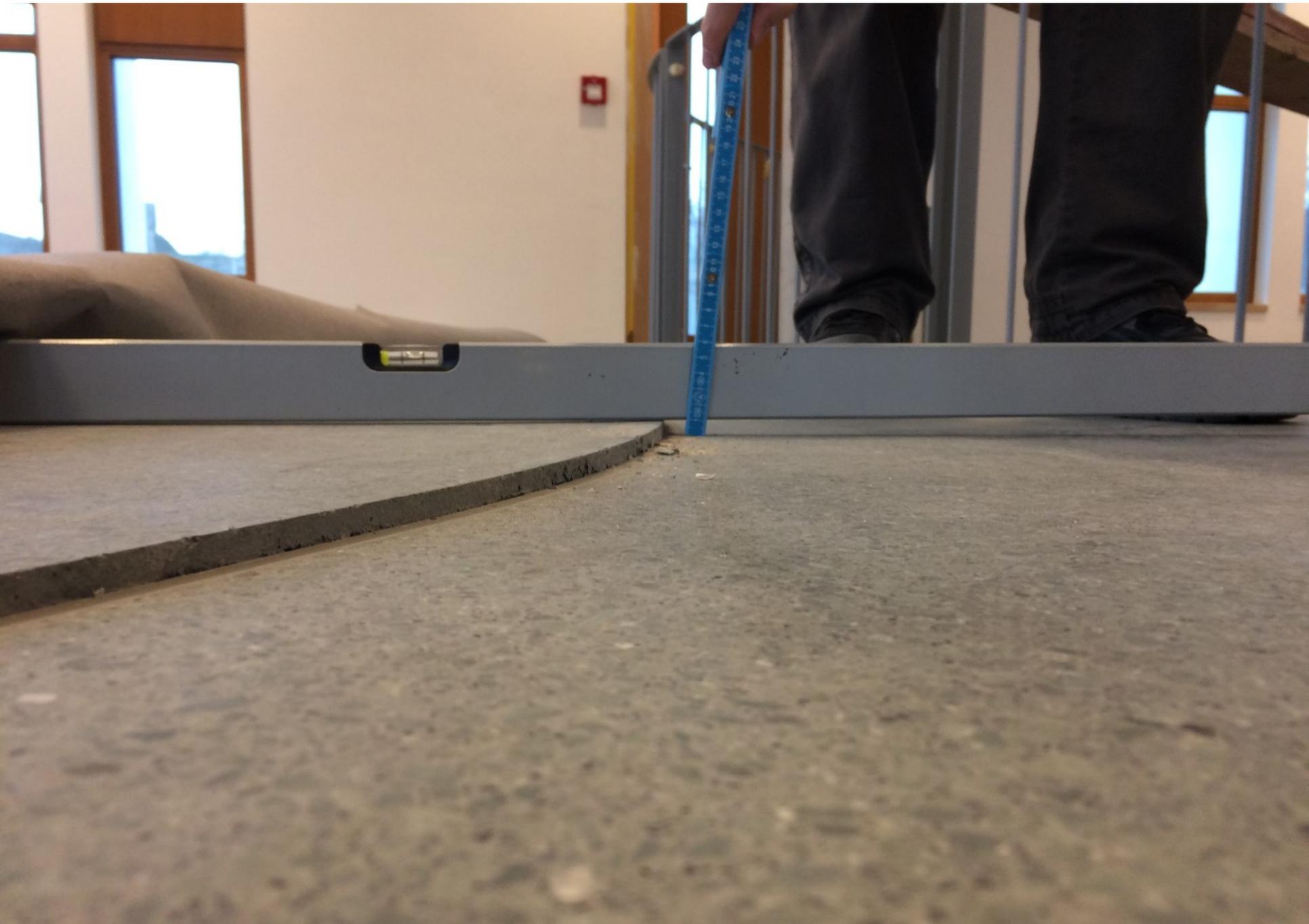
Kreisausschusssitzung | Neuss, 16. Mai 2018

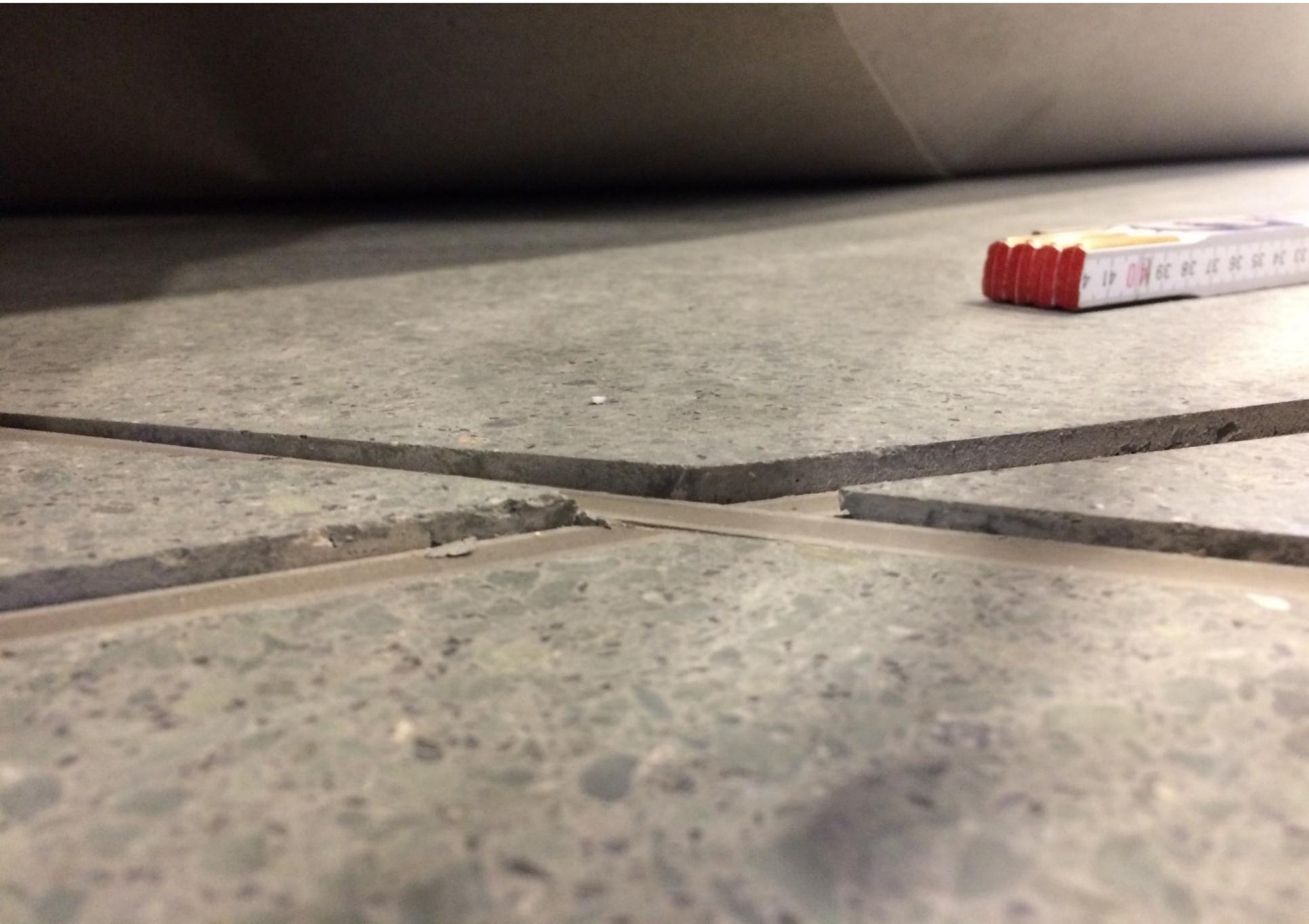


**Aktueller Sachstand zum
Archiv-Erweiterungsbau**









24 .APR .2018



26.APR.2018

24 .APR .2018



24 .APR .2018



26 .APR .20 18



Vorderansicht Archiv-Erweiterungsbau

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. II/2671/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.05.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Bericht zur Flüchtlingssituation

Sachverhalt:

Im Rhein-Kreis Neuss leben zum Stichtag 31. März 2018 insgesamt 9.521 Flüchtlinge. Dies sind 83 Flüchtlinge mehr als zum 31. Dezember 2017 und 309 mehr als zum Stichtag 30. Juni 2017 (erstmalige Erhebung der Gesamtzahlen aus dem Ausländerzentralregister), aber 11 weniger als im September 2017. Über eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis verfügen 6.438 Flüchtlinge und damit 281 mehr als vor drei Monaten (30. Juni 2017: 5.428).

Die Zahl der Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren ist auf 2.021 zurückgegangen (30. Juni 2017: 2.750). Hiervon kommen 1.017 Flüchtlinge aus einem Land mit hoher Bleibeperspektive (Syrien, Iran, Irak, Eritrea, Somalia) und Afghanistan (30. Juni 2017: 1.520).

Aus diesen Herkunftsländern haben insgesamt 746 Menschen im Rhein-Kreis Neuss einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen. Dieser Wert ist gegenüber dem 30. Juni 2017 (hier waren es 621 Personen) um 125 Personen gestiegen. Der Grund des Familiennachzuges lässt sich in der Statistik nicht differenzieren. Diese Personengruppe zählt rechtlich auch bei einem Nachzug zu einem Familienmitglied mit anerkanntem Flüchtlingsstatus nicht als Flüchtling. Da diese Personengruppe aber hinsichtlich der notwendigen Integrationsmaßnahmen vergleichbar ist, werden die Zahlen hier mit aufgeführt.

Die Zahl der Flüchtlinge mit einer Aussetzung der Abschiebung liegt bei 1.062 Personen (30. Juni 2017: 1.034). Häufigste Gründe für die Aussetzung der Abschiebung sind fehlende Passunterlagen sowie die Reiseunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen.

Eine detaillierte Übersicht über die Flüchtlingszahlen sowie eine grafische Darstellung der ausgewerteten Quartale zum 31. März 2018 liegen als Anlage bei.

Anlagen:

2018_03 Flüchtlingszahlen AZR Gesamt
Statistik Grafik

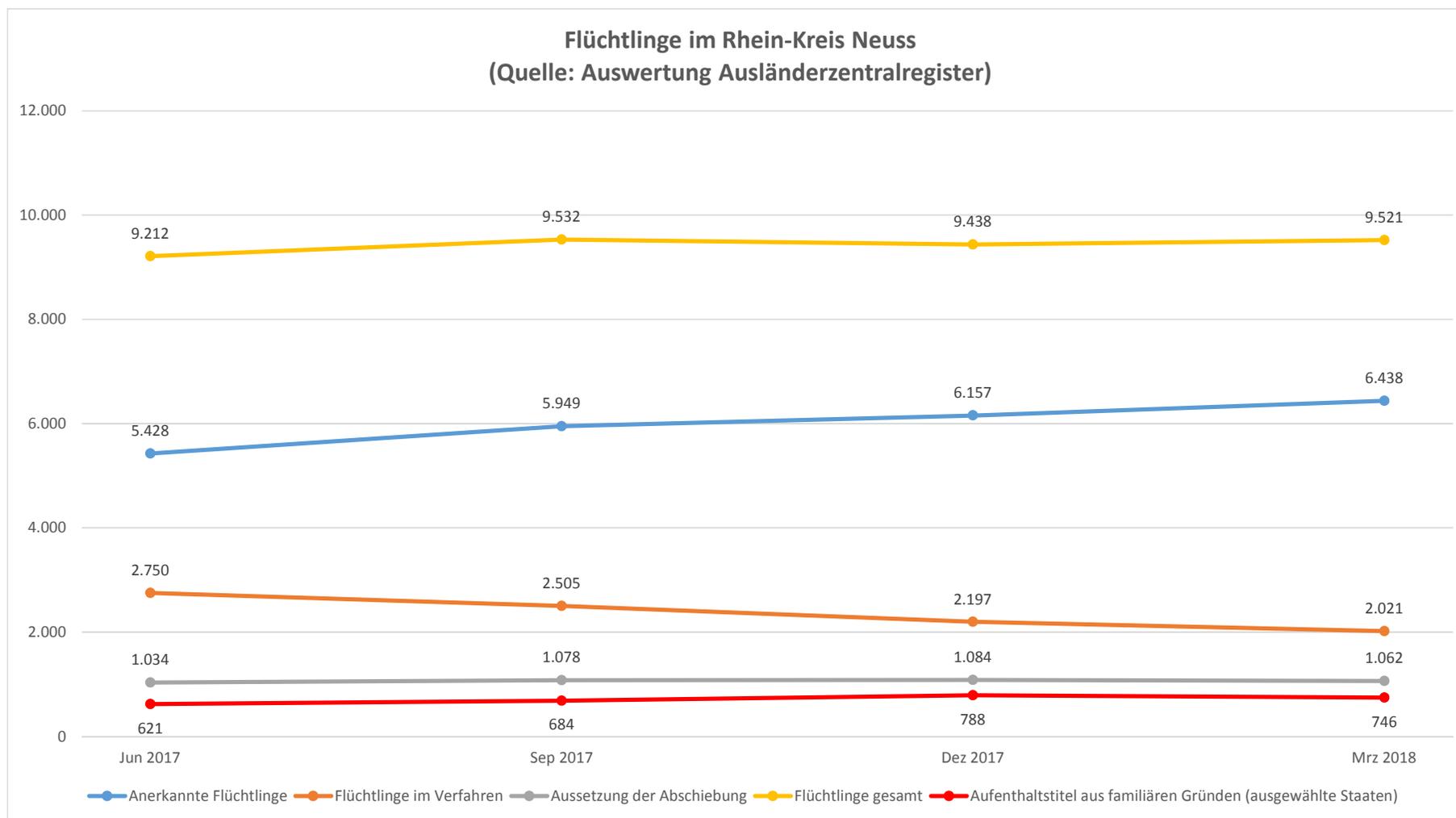
Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss zum Stichtag 31. März 2018 (Quelle: Auswertung Ausländerzentralregister)

Bezeichnung	darunter	Geschlecht					Altersgruppen von ... bis unter ... Jahre								
		k.A.	Männlich	Weiblich	Unbek.	Gesamt	k.A.	bis 16	16 - 18	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	Ab 65
Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG (besondere Fälle)	Gesamt	0	173	241	0	414	0	5	3	19	47	47	77	73	143
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 S. 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	Gesamt	0	314	185	0	499	0	60	15	40	86	128	90	53	27
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 S. 2 AufenthG (Resettlement)	Gesamt	0	5	5	0	10	0	2	0	1	1	6	0	0	0
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	Gesamt	0	535	359	0	894	0	2	21	95	133	167	259	160	57
Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG (Resettlement)	Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aufenthaltserlaubnis völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe insgesamt	<i>Gesamt</i>	0	2731	1889	1	4621	0	1336	153	745	1068	659	360	173	127
"Anerkannte Flüchtlinge" (Summe Zeilen 3 - 8)		0	3758	2679	1	6438	0	1405	192	900	1335	1007	786	459	354
Anhängige Asylverfahren "Flüchtlinge im Verfahren"	Gesamt	0	1333	687	1	2021	0	571	62	391	545	306	97	28	21
	<i>Afghanistan</i>	0	226	96	1	323	0	91	16	105	75	24	8	2	2
	<i>Eritrea</i>	0	26	11	0	37	0	5	0	10	16	5	1	0	0
	<i>Irak</i>	0	135	74	0	209	0	61	9	28	54	33	17	4	3
	<i>Iran</i>	0	73	33	0	106	0	16	2	9	42	30	5	1	1
	<i>Somalia</i>	0	22	8	0	30	0	9	1	9	8	3	0	0	0
	<i>Syrien</i>	0	187	125	0	312	0	124	14	48	58	45	16	5	2
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	Gesamt	0	693	369	0	1062	0	286	32	164	296	167	75	30	12
GESAMT (Summe Zeile 9, 11, 18)		0	5784	3735	2	9521	0	2262	286	1455	2176	1480	958	517	387

Informatorisch: Aufenthaltstitel aus familiären Gründen

	<i>Summe ausgewählte Staaten</i>														
Familiäre Gründe insgesamt		0	260	485	1	746	0	351	29	47	147	99	47	18	8
	<i>Afghanistan</i>	0	10	10	0	20	0	1	1	2	8	5	3	0	0
	<i>Eritrea</i>	0	1	8	0	9	0	5	0	0	3	0	1	0	0
	<i>Irak</i>	0	80	141	1	222	0	92	6	17	61	32	11	3	0
	<i>Iran</i>	0	13	56	0	69	0	18	1	0	17	14	10	5	4
	<i>Somalia</i>	0	0	3	0	3	0	2	1	0	0	0	0	0	0
	<i>Syrien</i>	0	156	267	0	423	0	233	20	28	58	48	22	10	4

	Jun 2017	Sep 2017	Dez 2017	Mrz 2018
Anerkannte Flüchtlinge	5.428	5.949	6.157	6.438
Flüchtlinge im Verfahren	2.750	2.505	2.197	2.021
Aussetzung der Abschiebung	1.034	1.078	1.084	1.062
Flüchtlinge gesamt	9.212	9.532	9.438	9.521
Aufenthaltstitel aus familiären Gründen (ausgewählte Staaten)	621	684	788	746



Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. ZS5/2672/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.05.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Innovator des Jahres 2018

Sachverhalt:

Rhein-Kreis Neuss für Digitalprojekt mit Innovationspreis ausgezeichnet

Am 09.05.2018 bekam Landrat Hans-Jürgen Petrauschke im Wirtschaftsclub in Düsseldorf vor rd. 250 geladenen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft von NRW-Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart die Auszeichnung zum „Innovator des Jahres 2018“ überreicht.

Für den Rhein-Kreis Neuss hatten sich in der für den Innovationspreis ausgelobten Kategorie „Öffentliche Hand und Standorte“ in einer gemeinsamen Initiative die Geschäftsführer Norbert Kothen und Robert Abts für das Technologiezentrum Glehn und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises mit dem Digitalisierungsprojekt „Blitzbewerbung“ beworben. Die Auszeichnung wurde vergeben vom Online Wirtschaftsportal „Die Deutsche Wirtschaft“ (DDW). Dort waren über 80.000 Unternehmer, Geschäftsführer und Leser in den vergangenen Wochen aufgerufen, über die „Innovatoren des Jahres 2018“ in 6 Kategorien: 1) Technologie & Produkte, 2) Digitalisierung, 3) Arbeitswelten, 4) Marke & Kommunikation, 5) Beratung und 6) Öffentliche Hand & Standorte abzustimmen.

In der gleichen Kategorie wie das Projekt des Rhein-Kreises Neuss waren die Wirtschaftsförderung Berchtesgadener Land sowie die Initiative münster.LAND.digital nominiert.

Link zum Video der Nominierten: <https://www.youtube.com/watch?v=cX24oId2WXA>

Link zum Video des Kreisprojektes: <https://www.youtube.com/watch?v=UmlzRUgXfRs>

Zuvor hat der Minister für Wirtschaft, Innovation und Energie, Prof. Dr. Pinkwart auf die Bedeutung und Chancen Digitaler Innovationen für den Wirtschafts- und Lebensstandort Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Mit der Blitzbewerbung24 (Link: <https://www.blitzbewerbung24.de/>) setzt die Technologiezentrum Glehn GmbH aktuell ein neues digitales Serviceprodukt ein, das sich in seiner ursprünglichen Ausrichtung und Entwicklung zunächst an Arbeitssuchende richtet. Arbeitssuchende bewerben sich mit ihrer „digitalen Visitenkarte“ – der Blitzbewerbung24 – bei potenziellen Arbeitgebern, die hier ebenso vom digitalen Mehrwert eines schnellen und

effektiven Zugangs zu den Bewerberinformationen profitieren. In einer Weiterentwicklung der Blitzbewerbung vom Technologiezentrum und der Wirtschaftsförderung wird das Modell umgekehrt, d.h. dass sich auch Arbeitgeber und Betriebe mit einer „digitalen Visitenkarte“ für ihre Recruitingprozesse als „attraktive Arbeitgeber“ mit Ihren offenen Stellen und Ausbildungsplätzen um Fach-, Ausbildungs- und Arbeitskräfte bewerben können. TZG und WFG werden das digitale Modell als Maßnahme zur Unterstützung der Wirtschaft bei der Arbeits- und Fachkräftesuche gemeinsam und breitflächig an die Unternehmen im Kreis anbieten. Es gibt zudem bereits erste Anfragen weiterer Akteure und Regionen außerhalb des Kreisgebietes zur Anwendung.

Sitzungsvorlage-Nr. 61/2636/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.05.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Benennung eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Regiobahn GmbH

Sachverhalt:

Gemäß § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Regiobahn GmbH endet die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder in jedem Falle mit dem Beschluss der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Dies ist in diesem Jahr der Fall.

Da die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und die Entlastung des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr in der Gesellschafterversammlung am 12. Juni 2018 vorgesehen sind, bittet die Regiobahn GmbH die Gesellschafter nun um Benennung der neuen Aufsichtsratsmitglieder. (s. Anlagen)

Der Rhein-Kreis Neuss entsendet laut § 10 Abs. 1 Ziffer 2 des Gesellschaftsvertrags ein Mitglied in den Aufsichtsrat.

In der aktuellen Amtsperiode ist der Kreistagsabgeordnete Dr. Christian Will Mitglied des Aufsichtsrats.

Beschlussempfehlung:

Der Kreisausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeit, Frau/Herrn als Mitglied in den Aufsichtsrat der Regiobahn GmbH für die Dauer der kommenden Amtsperiode zu entsenden.

Anlagen:

Anschreiben Regiobahn
Gesellschaftsvertrag § 10

Regiobahn GmbH · An der Regiobahn 15 · D-40822 Mettmann

Herrn Landrat
Hans-J. Petrauschke
Rhein-Kreis Neuss
Oberstraße 91
41460 Neuss

An der Regiobahn 15
D-40822 Mettmann

Fon (0 21 04) 3 05 - 0
Fax (0 21 04) 3 05 - 1 05

Birgit Schulze
Birgit.Schulze@regio-bahn.de
Durchwahl (02104) 3 05 - 1 10
www.regio-bahn.de

Ihre Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen / Bearbeitung

Datum

BSc / Birgit Schulze

26.03.2018

Neukonstituierung des Aufsichtsrates der Regiobahn GmbH

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

gemäß § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Regiobahn GmbH endet die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder in jedem Fall mit dem Beschluss der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.

Demnach muss sich der Aufsichtsrat in diesem Jahr neu konstituieren. Die Beschlussfassung zur Entlastung des Aufsichtsrates für das abgelaufene Geschäftsjahr soll voraussichtlich in der Gesellschafterversammlung am 12. Juni 2018 erfolgen.

Wir bitten die Gesellschafter, dafür Sorge zu tragen, dass die Aufsichtsratsmitglieder rechtzeitig benannt und der Regiobahn GmbH schriftlich mitgeteilt werden.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Kunig
Regiobahn GmbH


i.V. Birgit Schulze

ordnungsgemäß bekannt gemacht worden sind.

§ 10

Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus 10 stimmberechtigten Mitgliedern sowie einem beratenden Mitglied und setzt sich wie folgt zusammen:
 1. Die Stadt Düsseldorf entsendet 3 stimmberechtigte Mitglieder
 2. der Kreis Neuss, die Stadt Neuss und die Stadt Kaarst entsenden je ein stimmberechtigtes Mitglied
 3. der Kreis Mettmann entsendet 3 stimmberechtigte Mitglieder
 4. die Wuppertaler Stadtwerke entsenden 1 stimmberechtigtes Aufsichtsratsmitglied
 5. die VRR-GmbH entsendet ein beratendes Mitglied.
- (2) Aufsichtsratsmitglieder können vor Ablauf der Amtszeit abberufen werden. Zuständig für die Abberufung ist das Entsendungsorgan.
- (3) Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet in jedem Fall mit dem Beschluß der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied während der Amtszeit aus, so erfolgt diese neue Entsendung nur für den Rest der Amtszeit. Die erneute Entsendung als Aufsichtsratsmitglied nach Ablauf der Amtszeit ist möglich.
- (4) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden sowie einen ersten und zweiten Stellvertreter.
- (5) Erklärungen des Aufsichtsrates werden mit Wirkung für diesen in dessen Namen von dem Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle vom ersten oder zweiten Stellvertreter

abgegeben.

- (6) Ein Aufsichtsratsmitglied kann sich im Verhinderungsfall nur durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied vertreten lassen.
- (7) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte zur Vorbereitung der Beschlußfassung Ausschüsse bilden. Den Ausschüssen können neben den Aufsichtsratsmitgliedern weitere beratende Mitglieder als Sachverständige angehören.
- (8) Der Aufsichtsrat gibt sich und den Ausschüssen eine von der Gesellschafterversammlung zu genehmigende Geschäftsordnung.

§ 11

Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern. Er überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführer.
- (2) Der Aufsichtsrat beschließt ferner über:
 1. die Geschäftsordnung der Geschäftsführung,
 2. die Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluß von Gewährleistungsverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, soweit entweder der Wert im Einzelfalle 500.000 DM übersteigt oder es sich nicht um Maßnahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes handelt.
 3. die Hingabe von Darlehen in Höhe von mehr als 20.000 DM je Einzelfall,
- (3) Angelegenheiten, die der sachlichen Entscheidung der Gesellschafterversammlung unterliegen, werden im Aufsichtsrat vorbereitend beraten.
- (4) In dringenden Fällen können die Geschäftsführer eine Beschlußfassung des Aufsichtsrates durch schriftliche oder telefonische Erklärung der Aufsichtsratsmitglieder

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 65/2674/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.05.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.04.2018 zum aktuellen Sachstand des Archiv-Erweiterungsbau in Zons

Sachverhalt:

Nach dem Entfernen des Bodenschutzes wurden erhebliche Risse sowie Schüsselungen und Aufwölbungen im verlegten Terrazzoboden im Erdgeschoss des Archiv-Erweiterungsbaus in Zons festgestellt. Zur Klärung der Ursachen hat das Amt für Gebäudewirtschaft zwei Sachverständigen-Gutachten für Terrazzo und Estrich in Auftrag gegeben. Im Rahmen der Gutachten wurden auch Proben und Bohrkerne aus dem Fußboden entnommen und beim Institut für Baustoffprüfung und Fußbodenforschung untersucht.

Die Sachverständigen kamen eindeutig zum Ergebnis, dass die Terrazzo-Arbeiten vom Auftragnehmer nicht fachgerecht durchgeführt worden sind. Die Mängel sind durch fehlende Dehnungsfugen und falsch gesetzter Fugenprofile entstanden und der Verantwortlichkeit des Auftragnehmers zuzuordnen.

Am 16. April fand eine weitere Baubegehung statt, an der die Dezernenten Lonnes und Vieten, die Leitung des Amtes für Gebäudewirtschaft und des Rechtsamtes sowie die beauftragten Sachverständigen teilnahmen. Das Schadensbild (Schüsselungen, Aufwölbungen und ca. 70 Risse, zum Teil mit mehr als ein Meter Länge) stellt sich als so groß dar, dass die vom Auftragnehmer vorgeschlagene Teilsanierung – auch mit Blick auf die optische Beeinträchtigung – als ungeeignet angesehen wird, die Mängel dauerhaft zu beseitigen. Die Gutachten der Sachverständigen lagen bis Ende April 2018 vor und wurden dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und Dormagens Bürgermeister Erik Lierenfeld wurden am 26.04.2018 vom Baudezernenten vorab informiert und ein Bericht in den Gremien zum Archiv-Erweiterungsbau in Zons angekündigt.

Die Ablehnung der Abnahme der Bauleistung wegen gravierender Mängel und des Sanierungsvorschlages des Auftragnehmers hat das Amt für Gebäudewirtschaft am 07.05.2018 ausgesprochen. Zugleich wurde der Auftragnehmer aufgefordert, bis zum 17.05.2018 Stellung zu der vom Kreis geforderten Mängelbeseitigung zu nehmen (Nacherfüllungsrecht des Auftragnehmers). Das erneute Einbringen eines neuen Heiz-Estrich und eines neuen Terrazzobodens nach Abriss ist aufgrund des nahezu fertig gestellten Gebäudes problematisch. Eine erneute und länger andauernde Feuchtigkeitseintragung

durch frische Estrich- und Terrazzomaterialien birgt Folgeschäden auf Grund von Kondensatbildung an bereits eingebauten (Holz-) Fenster und Türen, Parkett, Wänden und technischen Einbauten wie Beleuchtung und Bandmeldeanlage etc. Deshalb wurde der Auftragnehmer im Rahmen seines Nacherfüllungsrechts aufgefordert, eine alternative Lösung vorzuschlagen.

Für den Fall des ergebnislosen Fristablaufs wurden die Auftragsentziehung (Kündigung) und die Beauftragung eines anderen Unternehmens auf Kosten des Auftragnehmers zur Mängelbeseitigung angedroht.

Zu den Fragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Eine Bauleistung selbst ist nicht versicherbar. Es können nur eventuelle Folgeschäden versichert werden. Der Auftragnehmer hat nach eigenen Angaben seine Versicherung eingeschaltet. Die Verwaltung wird alle Kosten und eventuelle Schadenersatzansprüche gegen den Auftragnehmer geltend machen. Eine gerichtliche Auseinandersetzung ist zu erwarten. Ob dem Auftragnehmer eine Mängelbeseitigung möglich ist, kann zurzeit ebenso wenig wie die Erfolgsaussichten vor Gericht eingeschätzt werden.
2. Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) regelt umfassend die Vergabe von Bauaufträgen öffentlicher Auftraggeber sowie die Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Bauleistungen. Die VOB sieht nicht vor, dass ein Versicherungsschutz vorzulegen ist oder im Rahmen der Eignungsprüfung bestehen muss. Das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung ist deshalb kein Vergabekriterium. Auch hätte der Auftraggeber keinen unmittelbaren Anspruch gegen die Versicherungsgesellschaft. Es haftet immer nur der Bauunternehmer (Auftragnehmer).

In der Sitzung werden weitere aktuelle Informationen nachgereicht.

Anlagen:

Gruene KreisAS Anfrage Erweit Archiv Zons



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Kreisausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax: +49 2181 6012400

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer

Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss

Tel: +49 (2131) 1666-81

Fax: +49 (2131) 1666-83

fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 27. April 2018

Angela Stein-Ulrich / Renate Dorner-Müller

Anfrage zum aktuellen Sachstand zum Archiv-Erweiterungsbau in Zons

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

durch eine Mitteilung der Kreisverwaltung wurde bekannt, dass der gesamte Fussboden (Terrazzo und Heizestrich) im Erdgeschoss des Neubaus in Zons auf Grund einer mutmaßlich nicht fachgerechten Ausführung durch die beauftragte Firma von einem Gutachter als erneuerungsbedürftig erklärt worden ist.

Der entstandene Schaden wurde dabei mit rund 200.000 Euro beziffert.

Wir bitten Sie, dem Ausschuss in der Sitzung des Kreisausschusses am 16. Mai 2018 durch die Verwaltung mitteilen zu lassen, ob der Auftragnehmer gegen nicht fachgerechte Ausführung versichert ist bzw. wie die Verwaltung hier die Möglichkeit einschätzt, für den eingetretenen Schaden Regress nehmen zu können. Außerdem bitten wir um Bericht, ob das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung beim Auftragnehmer ein Vergabekriterium ist.

Wir bedanken uns im Voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen,

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 61/2675/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.05.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.05.2018 zum Thema
"Platzkapazitäten bei der S-Bahn S8"**

Anlagen:

Antwort VRR_Rhein-Kreis-Neuss_Platzkapazitäten auf der S8
SPD S-Bahn S8



Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR · 45801 Gelsenkirchen

Rhein-Kreis-Neuss
Herr Petrauschke
Lindenstr. 10
41515 Grevenbroich

Platzkapazitäten auf der S8 Ihr Schreiben vom 08.05.18

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die von Ihnen geschilderten Überbesetzungen der in Mönchengladbach beginnenden Züge der S 8 bereits in Kleinenbroich sind i. d. R. -wie Sie völlig richtig anmerken- darauf zurückzuführen, dass einige Züge anstatt in der verkehrsvertraglich geforderten Doppeltraktion nur in Einzeltraktion verkehren, was eine Verminderung der Platzkapazität von 50 % zur Folge hat.

Dieses Problem besteht schon seit längerer Zeit und ist uns auch bekannt.

Wir sind diesbezüglich -bis hin zur Vorstandsebene- in regelmäßigem Kontakt mit DB Regio. So werden u.a. auch die technischen Rahmenbedingungen sowie die Abläufe in der Fahrzeugwerkstatt hinterfragt.

Leider waren unsere Bemühungen bisher nur teilweise erfolgreich, obwohl wir den Eindruck haben, dass sich die Situation seit Jahresbeginn leicht verbessert hat.

Die in Kleinenbroich zusteigenden Fahrgäste können in der Früh-HVZ neben der S 8 auch die RE 4-Verstärkungszüge benutzen, die um 6:58 Uhr und 7:38 Uhr dort halten.

Darüber hinaus werden unsere Gespräche mit der DB noch weiter intensiviert. Wir bedauern, dass wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine bessere Perspektive in Aussicht stellen können.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Husmann

Ansprechpartner
Jürgen Rothe

Telefon
02 09/15 84 - 147

Fax
02 09/15 84 123 - 147

E-Mail
rothe@vrr.de

Unser Zeichen
S43/TN

Gelsenkirchen,
15. Mai 2018

**Verkehrsverbund
Rhein-Ruhr AöR**

Augustastr. 1
45879 Gelsenkirchen

<http://www.vrr.de>
Telefon 02 09/15 84-0

Vorstand:
Martin Husmann
José Luis Castrillo

**Vorsitzender des
Verwaltungsrates:**
Hans Wilhelm Reiners

Sitz der Gesellschaft:
Ribbeckstraße 15 (Rathaus)
45127 Essen
Telefon 02 01/88 10 830

USt.-ID:
DE 250 085 017

Handelsregister:
Amtsgericht Essen
HRA 8767

Bankkonto:
Sparkasse Gelsenkirchen
BIC: WELADED1GEK
IBAN:
DE30 4205 0001 0101 0935 00

Ⓜ Hbf Gelsenkirchen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

41460 Neuss

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

7. Mai 2018

Sitzung des Kreisausschusses am 16.05.2018

Anfrage zu den Platzkapazitäten bei der S-Bahn S8

Sehr geehrter Herr Petrauschke,
die SPD-Kreistagsfraktion bittet um die Beantwortung folgender Anfrage in der Sitzung des Kreisausschusses am 16. Mai 2018.

"Halbierung der Platzkapazitäten bei der S-Bahn S8"

Seit einiger Zeit verkehren viele Züge der S8 ab Mönchengladbach in Richtung Düsseldorf / Wuppertal (und umgekehrt) anstatt in der verkehrsvertraglich geforderten Doppeltraktion nur mit einem Triebwagen.

Daher sind die Züge ab Korschenbroich schon überbesetzt; ab Kleinenbroich ist oftmals ein Zusteigen kaum möglich.

Daher folgende Anfrage:

Welche Massnahmen wird der Rhein-Kreis Neuss ergreifen, um diesen vertragswidrigen Zustand baldmöglichst zu beenden?

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel
-Vorsitzender-

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag

von 8:00 bis 15:30 Uhr